

Gemeinde Nottuln begrüßt Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages

„Meilenstein auf dem Weg zu Global Zero“

NOTTULN. Am Freitag hat Bürgermeister Dr. Dietmar Thönnes als Mayor for Peace zusammen mit dem Vorsitzenden der Friedensinitiative Nottuln, Udo Hegemann, besondere Fahnen am Rathaus gehisst: „Nuclear weapons are banned“ („Atomwaffen sind verboten“).

Der Grund: An diesem Tag ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten und wurde so zu internationalem Völkerrecht. Damit sind die Herstellung, Weitergabe, Stationierung sowie der Einsatz von Atomwaffen und die Drohung mit diesen völkerrechtlich geächtet und verboten. Die Organisation Mayors for Peace, ein weltweites Städtebündnis mit rund 8000 Mitgliedern, begrüßt das Inkrafttreten.

Die Gemeinde Nottuln ist seit über 20 Jahren Mitglied dieses Bündnisses, das 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründet wurde. Als Zeichen ihrer Unterstützung hissen viele deutsche Mitgliedsstädte die „Mayors for Peace“-Flagge und die Fahnen, die auf das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotes hinweisen.

„Als Mitglied der Mayors for Peace begrüße ich ausdrücklich das Inkrafttreten



Klares Bekenntnis zum Verbot und zur Ächtung von Kernwaffen: Am Freitag hängten Bürgermeister Dr. Dietmar Thönnes (l.) und FI-Vorsitzender Udo Hegemann Flaggen mit der Aufschrift „Nuclear weapons are banned“ aus den Fenstern des Nottulner Rathauses.

Foto: Gemeinde Nottuln

des Atomwaffenverbotsvertrages. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg zu Global Zero, einer Welt ohne Atomwaffen. Denn die humanitären Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen sind katastrophal. Wir brauchen jetzt eine neue Debatte über nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine friedliche und sichere Zukunft lässt sich nur in einer Welt ohne Atomwaffen gestalten“, be-

tont Dr. Dietmar Thönnes. „Die Menschen sehnen sich nach der Abschaffung aller Atomwaffen. Dieser Vertrag wird das nicht von heute auf morgen schaffen, aber er ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung“, sagt Udo Hegemann.

Und auch dies macht der FI Mut: 56 ehemalige Staatsoberhäupter und Minister aus NATO-Staaten veröffentlichten vor Kurzem einen

Offenen Brief, in dem sie ihre Regierungen zum nachträglichen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot auffordern. Unter den Unterzeichnern aus Deutschland befinden sich der frühere Verteidigungsminister Rudolf Scharping sowie der frühere Außenminister Joschka Fischer. Noch immer verfügen die Atomwaffen über rund 13 400 Nuklearwaffen. Derzeit investieren die Nuklear-

waffenstaaten massiv in die Modernisierung und Einsatzfähigkeit ihrer Atomwaffenarsenale. Vereinbarungen zur nuklearen Abrüstung – wie der INF-Vertrag – wurden aufgekündigt.

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen wurde von den Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen. Nach der am 24. Oktober 2020 erfolgten 50. Ratifizierung tritt der Vertrag nun in Kraft. Mit Stand 8. Januar haben ihn 51 Staaten ratifiziert, 86 unterzeichnet. Die Atomwaffen sind ihm nicht beigetreten – auch Deutschland nicht.

In dem völkerrechtlich bindenden Vertrag verpflichten sich die Unterzeichnenden, „nie, unter keinen Umständen“ Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, anzuschaffen, zu besitzen oder zu lagern. Darüber hinaus verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, Personen, die von Kernwaffentests oder -einsätzen betroffen sind, umfassende Hilfe zu leisten und geeignete Maßnahmen zur Umweltsanierung der kontaminierten Gebiete in ihrem Hoheitsgebiet zu ergreifen.

| www.un.org/disarmament/wmd/nuclear/tpnw/